

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck- und Verlagsanstalt: Nachrichten Dresden  
Verlags- und Druckerei: 25 241  
Für die Nachdrucke: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk.  
Postbezugspreis für Monat Mai 3 Mark ohne Postgebühren.  
Einzelnummer 10 Pfennig  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite  
Zeile 5 Pf., für auswärts 6 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne  
Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 20 Pf.,  
außerhalb 25 Pf., Übersetzung 30 Pf., Wass. Aufträge gegen Vorzuschießen.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/42  
Druck u. Verlag von Viesich & Reichardt in Dresden  
Goldschmied-Rente 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

**Oefen und Herde**  
kauft man preiswert im Fachgeschäft  
**Chr. Garms** Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingenstr. 13  
Fernsprecher: 16262 Nähe Postplaz.  
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-  
Herde - Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile.

Konditorei und Feinbäckerei  
**Alfred Beger**  
Große Brüdergasse 13 Tel. 27955  
empfiehlt alle Sorten feinsten Kaffeekekuen

**THÜRMER-FLÜGEL-PIANOS**  
Kunstspielpianos  
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat  
Meißen i. S. Martin-Str. 12 Bautzen i. S. Seminar-  
str. 9

## Preussischer Vorstoß gegen das Reich.

### Schwere Anschuldigungen gegen Reichsministerien. — Neue Prozesse vor dem Staatsgerichtshof. Die Kartelle auf der Weltwirtschaftskonferenz. — Eine Hausfuchung bei einer russischen Handelsgesellschaft in London.

#### Man kann nicht scharf genug darüber reden!

Berlin, 12. Mai. Im Preussischen Landtag ergriff heute bei der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten der preussische Ministerpräsident Braun das Wort, um

Beschwerden Preußens gegen das Reich vorzubringen. Er wies darauf hin, daß Preußen in der Angelegenheit der Wahl des preussischen Vertreters zum Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht auf seine Rechnung gekommen sei, daß es außerdem noch eine Reihe anderer Dinge gegeben habe, die trotz der Zusicherung der zuständigen Reichsminister und jahrelanger Verhandlungen bis heute nicht erledigt worden seien. Bezüglich der Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahn habe man seinerzeit die preussischen Vorschläge nicht angenommen. Inzwischen habe der Staatsgerichtshof entschieden, daß Preußen nicht nur ein moralisches Recht, sondern auch einen formaljuristischen Anspruch auf diese Dinge habe. Dieses Recht für Preußen besteht ausdrücklich. Preußen werde daher von der Reichsregierung fordern müssen, daß sein verletztes Recht wieder hergestellt und der von Preußen in den Verwaltungsrat der Reichsbahn vorgeschlagene Vertreter entsandt werde.

Ein anderer Differenzpunkt sei, daß von dem preussischen Eigentum, das nach dem Vertrag von 1863 rückfallsfähig ist, trotz jahrelanger Verhandlungen nichts an Preußen ausgeliefert worden sei. Es würden die ungenutzten Flächen Bedingungen gestellt, so daß er, der Ministerpräsident, den Eindruck habe, daß gewisse Reichsministerien Preußen zum Heben halten wollten. Es bliebe nichts anderes übrig, als den Staatsgerichtshof in Anspruch zu nehmen. Mit besonderer Bitterkeit habe es ihn erfüllen müssen, daß das Reich stets bereit war, anderen Ländern entgangen zu kommen und Preußen nicht.

Der Redner wies den Vorwurf zurück, daß er mit einer gewissen Bräutlichkeit diese Dinge ausspreche. Wenn das Haus die Einzelheiten kennen würde, würde es ihm zustimmen, daß man nicht scharf genug darüber reden könne, da andernfalls der Einspruch Preußens vor die Hunde ginge.

Trotz der Schwierigkeit, den Reichsstaat zu balancieren, habe man für die drei süddeutschen Länder Baden, Bayern und Württemberg 41 Millionen Mark auf die Dauer festgelegt. Ein Rechtsanspruch der süddeutschen Länder auf eine Erhöhung des Viertheilanteils bestehe aber in keinem Falle. Die preussische Regierung erblicke in der ganz ungerechtfertigten finanziellen Bevorzugung der süddeutschen Staaten, die auf Kosten Preußens und besonders seiner Grenzgebiete durchgeführt werden soll,

#### eine schwere Benachteiligung.

Preußen müsse entscheidendes Gewicht darauf legen, daß bei den Zusammenkünften von Reichsageldern alle Länder gleich behandelt werden. Preußen hätte die Frage der Viertheilenteilsabteilung nicht vor den Staatsgerichtshof zu bringen brauchen, wenn für den von ihm erhobenen Einspruch auch die Mehrheit der preussischen Provinzialvertreter im Reichsrat oder wenigstens die Vertreter der östlichen Provinzen gestimmt hätten. Hier habe sich wieder die Sinnlosigkeit der Bestimmungen der Reichsverfassung über die Provinzialvertreter im Reichsrat gezeigt. Es bliebe nur der Einspruch, daß die Vertreter der Provinzen bei der Abstimmung im Reichsrat sich mehr von ihrer parteipolitischen Einstellung leiten lassen. Es sei eine Anomalie, daß im Reichsrat außer den Landesvertretern auch Vertreter sitzen, die nicht einmal nach den Bestimmungen ihrer Provinzen, sondern nach ihrer politischen Einstellung stimmen. Auf die Dauer könnten diese Bestimmungen der Reichsverfassung nicht aufrechterhalten werden.

Die preussische Staatsregierung habe in allen Stadien der Verhandlungen darauf hingewiesen, daß die unberechtigte Bevorzugung der Südstaaten zu einer Einschränkung der Reichsleistungen für die preussischen Ostgebiete führen müsse. Der Ministerpräsident verlas dann ein Schreiben, in dem er den Reichskanzler aufgefordert hat, zugunsten der ostpreussischen Bevölkerung eine neue Reichsmittel flüssig zu machen. Herr Braun wies dann noch die Behauptung des Grafen Bethow zurück, daß in Preußen eine sozialdemokratische Miswirtschaft herrsche, die zum Dimmel schreie.

In der Aussprache erklärte der deutschnationale Abgeordnete Schlange-Schönningen, daß der Ministerpräsident heute nicht wie ein Ministerpräsident, sondern ganz einseitig über die Finanzfrage gesprochen habe, mit dem deutlich erkennbaren Versuch, die Fraktionen des Preussischen Landtages in ein Gesetzt gegen die ihm außerordentlich unsympathische Reichsregierung hineinzureden. (Sehr wahr! rechts.)

Der Ministerpräsident sehe seine Hauptaufgabe im Kampfe gegen das Reich.

Die Einheit Deutschlands werde aber föderalistisch sein, oder sie werde überhaupt nicht sein. Das Auftreten des preu-

sischen Ministerpräsidenten im Reichstage beim Finanzausgleich sei ein Trauerspiel gewesen. (Sehr wahr! rechts.) Es mute überaus eigenartig an, wenn der Ministerpräsident jetzt plötzlich, wo es ihm parteipolitisch passe, so stark sich für den Osten einsetze. Die Belange des Ostens lägen aber am besten in den Händen des Reichsinnenministers. Der Fall Braut sei doch mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß der preussische Ministerpräsident die Reichsregierung bei jeder Gelegenheit bewußt und gewollt brüskiere. Man könne nur an die Reichsregierung und den Reichskanzler Marx die Frage richten, wie lange sie sich die unladliche Politik der sozialdemokratischen preussischen Regierung gefallen lassen wolle.

Der Redner des Zentrums erklärte, daß die Spannung zwischen Preußen und dem Reich außerordentlich bedauerlich sei. Die Schuld daran sei bei Preußen aber zum mindesten nicht größer als auf Seiten der Reichsregierung.

Der Redner der Volkspartei bezeichnete die Rede des Ministerpräsidenten für gar nicht geeignet, das Einvernehmen zwischen Preußen und dem Reich zu fördern. Durch die Art und Form seiner Erklärung habe der Ministerpräsident das Verhältnis zum Reich nur verschlechtert und Preußens tatsächliche Situation dem Reich gegenüber wahrlich nicht verbessert. Das Resultat der Amtsführung des Ministerpräsidenten Braun sei das, daß er das Prestige Preußens herabgedrückt habe. Eine gute preussische Politik müsse sich auch heute noch zu dem Satz Steins bekennen: Ich kenne nur ein Vaterland und das ist Deutschland.

Ministerpräsident Braun ergriff schließlich noch einmal das Wort und betonte, es könne keine Rede davon sein, daß seine heutigen Landtags-erklärungen die Tendenz gehabt hätten, den Landtag in ein Gesetzt gegen die Reichsregierung zu führen. Die Schwierigkeiten zwischen Preußen und dem Reich seien durchaus sachlicher Natur. Er habe nichts getan, um den Staatssekretär Braut in preussische Dienste zu nehmen. Außer Braut habe man im Reichsinnenministerium noch einen Ministerialdirektor zur Disposition gestellt, und man könne nur annehmen, daß dies nicht wegen mangelnder Eignung, sondern wegen seiner republikanischen Gesinnung geschehen sei. Sollte das Reich seine Politik forscher, republikanische Beamte zu beschäftigen, so halte er es für eine Ehrensache, daß Preußen in seinem Interesse diese Beamten aufnehme.

Im Laufe der weiteren Debatte betonte Abg. Schwäbi (D. R.) gegenüber dem Abg. Riedel (Dem.), wenn sein Parteifreund Reinhold als Reichsfinanzminister sparsamer gewirtschaftet hätte, hätte man für den Osten mehr als 25 Millionen von Reichs wegen zur Verfügung stellen können! (Abg. Riedel: Das wiederholen Sie noch, diese unverschämte Frage? — Große Unruhe. Präzident Barthelemy erteilt dem Abg. Riedel einen Ordnungsruf. — Lebhafter Unruhe links. — Abg. Kasper (Komm.) ruft: Es sind noch mehr Besessene hier im Saale!)

Abg. Dr. Leibig (D. Sp.) erklärt, unerhört sei die Kritik des Ministerpräsidenten an der Rede des Reichsjustizministers Dergl. (Komm.) Bedauerlicherweise lasse das Zentrum diese Angriffe gegen das Kabinett Marx gemüßigt ohne Widerspruch vorübergehen. (Sturche im Zentrum.)

Ministerpräsident Braun erwidert, es sei ihm gar nicht eingefallen, den Reichskanzler anzugreifen. Er habe auch nicht die Bevölkerung des Ostens erst ausgespeißt gegen die Reichsregierung. Richtig seien Proteste bei ihm eingelaufen.

Die Besprechung schließt um 12 Uhr nachts, das Haus vertagt sich auf Freitag 11 Uhr.

### Der römische Alerus gegen die Simultan-Akademie in Frankfurt a. M.

Berlin, 11. Mai. In Preußen bestehen jetzt drei konfessionelle pädagogische Akademien, eine katholische in Bonn und zwei evangelische in Kiel und Elbing, die im Mai v. J. eröffnet worden sind. Jetzt ist eine Simultan-Pädagogische Akademie in Frankfurt am Main eröffnet worden. Sie ist mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Volksparteier beschlossen worden, während das Zentrum die Verfassungsmäßigkeit dieser Simultan-Akademie angezweifelt. Das Reichsgericht hat aber die Verfassungsmäßigkeit bestätigt. Die Bischöfe von Fulda und Limburg haben in ihrem Sprengel u. a. einen Direktbrief verlesen lassen, in dem es heißt: Kein Priester wird zur Übernahme des Lehramtes der katholischen Religion in Frankfurt die erforderliche Sendung erhalten. Es wird deshalb nicht möglich sein, an der Frankfurter Simultan-Akademie die Befähigung zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes zu erwerben. Ein Lehrer aber, der diese Lehrbefähigung nicht besitzt, kann nach unseren Grundsätzen für die Ausübung des Lehramtes an katholischen Kindern nicht in Frage kommen.

### 108 Millionen Bartransfer.

Der Reparationsagent Parker Gilbert hat in seinem soeben bekanntgegebenen Monatsausweis über Bestand und Verwendung der deutschen Reparationsgelder mit einer Ueberraschung aufgewartet, die nicht nur Börsen und Devisenmarkt in eine begeisterte Aufregung versetzt hat, sondern vor allen Dingen auch geeignet ist, das deutsche Volk mit überaus gefährlichen Tendenzen der weiteren Dawes-Entwicklung besannzumachen. Er hat nämlich im April zum erstenmal einen größeren Bartransfer in Höhe von 108 Millionen Mark an die Dawes-Gläubiger vorgenommen. Das heißt: Er hat in größerem Maße auf dem freien Markt für Reichsmark Devisen angekauft und sie bar an die Reparationsgläubiger, und zwar in der Hauptsache an Frankreich und England, überwiesen. Was das bedeutet, läßt sich schon daraus erkennen, daß die einzige bisherige Barübertragung im vorigen zweiten Dawes-Jahre den Betrag von 66 Millionen Mark nicht überschritten hat, der Reparationsagent aber, wie Börsenkreise feststellen, auch nach der neuen großen Übertragung mit umfangreichen Devisenkäufen fortfährt, so daß man bereits für August wieder mit einem neuen großen Bartransfer zu rechnen hat. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese neue Betätigung des Reparationsagenten auf einen angeblichen Beschluß der Reparationskommission zurückzuführen ist, daß Barübertragungen forciert werden sollen, oder ob Parker Gilbert vielleicht einen praktischen Versuch anstellen will, wie die deutsche Wirtschaft auf den Bartransfer überhaupt reagiert. Der Erfolg der ersten großen Barübertragung ist jedenfalls eine Beunruhigung und Anspannung des Devisenmarktes, wie wir sie in der ganzen Zeit nach der Stabilisierung der Mark noch nicht erlebt haben. Nicht daß die deutsche Währung irgendwie gefährdet wäre. Die Reichsbank hat in ihrer Diskontopolitik allein schon ein wirksames Mittel, einer derartigen Gefahr zu begegnen. Es soll auch durchaus nicht verkannt werden, daß es nicht nur die Käufe des Reparationsagenten sind, die den Dollarkurs gefährigen haben, sondern daß steigender Devisenbedarf des deutschen Importhandels in Verbindung mit einem Nachlassen der Auslandskredite dazu beigetragen haben. Gleichwohl sind gerade die Maßnahmen, zu denen die Reichsbank wegen der Finanzunfähigkeit Parker Gilberts gedrängt werden kann, wie auch ein erneutes Streben nach Auslandskrediten, das plötzlich wieder hervortritt, Gefahrenmomente, die nicht nur die ausseizende Konjunktur beeinträchtigen müssen, sondern auch das Reparationsproblem in eine Richtung zu führen drohen, die in der Praxis den Schutz der Transferklausel des Dawes-Planes für eine Zeit aufhebt.

Die ganze wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit läßt es gerechtfertigt erscheinen, daß die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft mit einem gewissen Optimismus betrachtet wird. Nicht nur der erfreulich anhaltende Rückgang der Arbeitslosigkeit berechtigt dazu. Man kann als Folge dieses Rückganges eine Hebung der allgemeinen Kaufkraft feststellen, die sich in gesteigerten Warenumfängen auswirkt, kann einen vergrößerten Produktionsumfang beobachten und aus der zweifellos vorhandenen Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft auf ein neues Kräfteanstreben und Vorwärtstreben schließen. Gerade im Hinblick auf die plötzlich hervortretenden großen Barüberweisungspläne der Reparationsagenten darf man aber auch an der ersten Gestaltung der deutschen Zahlungsbilanz nicht vorübergehen. Ihr Defizit — im ersten Vierteljahr 1927 bereits etwa 900 Millionen Mark — wurde in den Jahren nach der Stabilisierung durch die sich in starkem Strome nach Deutschland ergießenden Auslandskredite ausgeglichen, durch die wir wenigstens zu einer gebort aktiven Zahlungsbilanz kamen. Das Bild hat sich heute wesentlich verschoben. Die langfristigen Auslandskredite sind wegen des Rückganges der deutschen Zinsätze selten geworden. Als Deckung des Defizits der deutschen Zahlungsbilanz bleiben nur kurzfristige Auslandskredite, die aber nicht ausreichen und mehr und mehr durch eine Zinsgriffnahme der in den Vorjahren angesammelten Devisenreserve der Reichsbank ergänzt werden müssen. Die Folge davon ist ein sehr ernster Devisenschwund bei der Reichsbank. Noch zur Jahreswende konnte sie 519 Millionen Mark deckungsfähige Devisen aufweisen, die am 7. Mai auf 127 Millionen zusammengeschrumpt waren. Die Lehre dieser Entwicklung ergibt sich in der bedeutenden Tatsache, daß die Finanzierung des Konjunkturaufschwunges mit seinem erhöhten Einfuhrbedarf besonders an Rohstoffen nur durch Aufzehrung eines Teiles der Devisenreserven möglich war.